

## **Haushaltsrede 2023 von Stadtkämmerer Klaus-Dieter Schmelzer**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
werte Zuhörerinnen und Zuhörer,

Städte und Gemeinde sind die Orte der Wahrheit, weil sie die Orte der Wirklichkeit sind.

Diese Wirklichkeit wird aber mehr und mehr zur Zerreißprobe für uns. Die Realität überrennt uns fast täglich mit neuen Herausforderungen. Wir stehen einer Vielzahl von Krisen gegenüber, die wir seit geraumer Zeit bewältigen müssen. Und quasi nebenbei, sollen wir noch unseren alltäglichen Aufgaben nachkommen. Die Belastungsgrenze in den Rathäusern im Land sei überschritten, erklärt Steffen Jäger vom baden-württembergischen Gemeindetag. Dieser Aussage kann man zweifelsohne beipflichten.

Eigentlich bin ich ein positiv denkender Mensch. Aber ich bin besorgt darüber, dass Bund und Land den Kommunen immer mehr Aufgaben aufbürden, ohne darüber ausreichend nachzudenken, wie diese Aufgaben mit dem Personal und den Finanzen vor Ort auch gemeistert werden können.

Ich bin weiter besorgt darüber, dass der Staat immer wieder aufs Neue Versprechen macht, die auf kommunaler Ebene so nicht mehr erfüllbar sind. Die oberen staatlichen Behörden erlassen Gesetze, die Rechtsansprüche auslösen und wir vor Ort sind die Leidtragenden gegenüber den Eltern und den Kindern, wenn wir diesen Versprechen nicht nachkommen. Der Frust unserer Bürgerinnen und Bürger wendet sich damit logischer Weise auf uns als örtliche Verwaltung.

Ich bin auch besorgt darüber, dass eine überbordende Bürokratie uns nahezu schon lähmt und uns damit wichtige personelle Ressourcen raubt.

Schlussendlich bin ich besorgt darüber, dass die Gesetzgeber manchmal keine Vorstellung darüber haben, was sie mit Ihren, bestimmt gut gemeinten Vorhaben, auf der kommunalen Ebene anrichten. Der Umgang mit dem § 2b Umsatzsteuergesetz ist ein Paradebeispiel dafür.

Trotz dieser Sorgen und Bedrohungen muss unsere Arbeit natürlich weitergehen. Unter diesen erschwerten Bedingungen haben wir den Haushaltsplan 2023 mit der Finanzplanung 2024 – 2026 aufgestellt, den ich Ihnen heute vorstelle.

Wie soll ich diese Zahlen kurz und prägnant für Sie zusammenfassen? Der von mir oft bemühte Terminus „strukturelles Defizit“ ist jetzt tatsächlich bei uns angekommen. Waren es anfänglich mehr die Auswirkungen und die Umstellung auf die kommunale Doppik, die unser Zahlenwerk negativ erscheinen ließen, so stehen wir in den kommenden Jahren vor großen strukturellen Problemen. Und für diese Probleme müssen wir gemeinsam konkrete Lösungen finden. Ansonsten müssen wir nach 2026 unseren Handlungsspielraum auf ein Minimum reduzieren. Mir ist es wichtig Ihnen vor allem auch die Botschaft zu vermitteln, dass der Blick auf 2023 nicht ausreicht. Nein wir müssen nach 2026 und darüber hinausschauen. Denn wir wissen es alle: Kommunalpolitik kann oft eine langwierige und zähe Sache sein!

Mit diesen vier Kernaussagen möchte ich unsere Haushaltssituation beschreiben:

1. Der Ergebnishaushalt erreicht von 2023 – 2026 keine positiven ordentlichen Ergebnisse. Vielmehr summiert sich unser Defizit auf 5,6 Mio. €.
2. Unseren laufenden Betrieb können wir nur sehr mühsam mit unseren Einzahlungen decken.
3. Unsere Einnahmen steigen in den kommenden Jahren bei weitem nicht ausreichend stark an, um die Ausgabensteigerungen auszugleichen.
4. Für die notwendigen Investitionen bis 2026 fehlen uns eigene Mittel.

Sie könnten mir jetzt entgegenen, dass ich immer die gleichen Aussagen wie in den Vorjahren mache und dass unser Ergebnis dann doch immer deutlich besser als der Plan ausfällt! Also was ist anders als früher. Es sind die Auswirkungen der viel zitierten Zeitenwende, die unser Handeln schwieriger und vor allem unkalkulierbarer machen. Stark steigende Lebenshaltungskosten, unberechenbare Energiepreise, Liefer- und Terminprobleme, hohe Tarifforderungen und die allgemeinen wirtschaftlichen Tücken. Sie alle wirken sich auf die kommunalen Haushalte aus. Wir haben es bei der Aufstellung des Ergebnishaushalts deutlich gemerkt. Die Erträge halten mit den galoppierenden

Aufwendungen bei weitem nicht Schritt, denn bei den Einnahmen sind wir zu 50 % fremdbestimmt.

Unsere Erträge steigen nur um 2,6 % gegenüber 2022 an. Die Aufwendungen dagegen erhöhen sich mit fast 6 % um ein Mehrfaches. Und die 6 % haben wir auch nur deswegen erreicht, weil unsere Sachausgaben in mehreren internen Kürzungsrunden massiv von uns zusammengestrichen wurden.

Unsere Steuern und Steuerzuweisungen steigen um ca. 1 Mio. € auf 24,1 Mio. € an. Hierbei bleiben die Grundsteuer A und B stabil. Bei der Gewerbesteuer gehen wir von einem Rückgang aus. Der Einkommensteueranteil soll aber deutlich nach oben gehen. Das aber auch nur dann, wenn die Beschäftigung auf ähnlich hohem Niveau wie jetzt bleibt und wir keinen massiven wirtschaftlichen Einbruch erleben.

Auffällig ist, dass die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich um 600.000 € im Vergleich zu 2022 zurückgehen. Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschale sind mir der FAG-Systematik erklärbar. Aber die Landeszuschüsse für unsere Kitas und Schulen erreichen nicht einmal das Niveau des Vorjahres. Ein Grund hierfür mögen die Verwerfungen der Corona-Pandemie sein. Aber ich hoffe, dass diese Gelder vom Land noch deutlich erhöht werden.

Die Entgelte, Gebühren und Beiträge für unsere Leistungen steigen zwar von 3,1 auf nun 3,3 Mio. € an, sie machen aber auch nur rund 7,5 % unserer gesamten Erträge aus, was meines Erachtens deutlich zu wenig ist. Die privaten Leistungsentgelte, also unsere Einnahmen aus Mieten und Pachten, decken den Ergebnishaushalt mit ca. 1,3 Mio. €. Der Großteil stammt hier aus der Vermietung von Wohnraum. Die restlichen Erträge mit 2,1 Mio. € resultieren aus den Erstattungen der Zweckverbände und Eigenbetriebe, den Einnahmen aus Geldanlagen, Gewinnanteilen sowie der Konzessionsabgaben.

Nun gilt unser Blick den Aufwendungen im Ergebnishaushalt.

Da fallen einem sofort die massiv ansteigenden Personalkosten ins Auge. Mit 16,3 Mio. € erhöhen sich diese im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Mio. €, was nahezu 10 % Steigerung ausmacht. Dieses mehr als dynamische Wachstum resultiert zum einen aus der Tarifsteigerung, wir haben 2023 4,5 % angenommen, zum anderen aber sind es die

Aufgaben im Bildungs- und Betreuungsbereich, die uns sehr viel abverlangen. Lagen 2016 die gesamten Personalkosten noch bei rund 720 € pro Einwohner, so sind es 2023 1.083 €/EW und 2026 dann sage und schreibe 1.244 € je Einwohner. Es ist leider auch so, dass die Zuwendungen für den Bildungsbereich, also die Landeszuweisungen oder Elternbeiträge, mit den ganzen Aufwendungen keinesfalls Schritt halten können. Der Grund hierfür ist klar und gilt auch für die meisten anderen Bereiche: Steigende Ausgaben unterliegen quasi einem Automatismus mit Inflation, Tariferhöhungen oder den zusätzlichen Aufgaben. Höhere Einnahmen demgegenüber müssen mühsam durch Verhandlungen, Diskussionen oder Beratungen erstritten werden. Ich erinnere hier nur an die Diskussion um die Erhöhung der Kita-Beiträge.

Aber zurück zu den Personalkosten. Wir verstehen uns als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger. Wir erfüllen tag täglich die uns hier zugewiesenen Aufgaben. Und wenn diese Aufgaben immer mehr werden, die Standards und Qualitäten weiter angehoben werden, und zum Schluss noch unerwartete Dinge auf uns zukommen, steigen damit auch die Anforderungen an zusätzlich qualifiziertem Personal. Die übergeordneten politischen Ebenen und auch viele Bürgerinnen und Bürger vergessen zunehmend, dass die dauerhafte Sicherstellung eines derart umfangreichen Leistungsportfolios einen großen Teil der finanziellen und personellen Ressourcen bindet. Regelmäßig werden diese Standards dann weiterentwickelt oder angehoben.

Und damit haben wir ein weiteres Problem auf der Agenda. Den Fachkräftemangel. Dieser hat schon lange bei den Verwaltungen, und beileibe nicht nur im Betreuungsbereich, Einzug gehalten. Gesamt gesellschaftlich gesehen fehlt es einfach an der schieren Anzahl der Menschen die einer Arbeit nachgehen können. Auf Markgröningen bezogen, sollten wir als älter werdende Kernverwaltung Konzepte erarbeiten, wie wir zum einem Fachkräfte für uns gewinnen können und zum anderen auch einen adäquaten Ersatz für die in den nächsten Jahren ausscheidenden Führungskräfte zu sorgen. Im Zuge der Corona-Pandemie hatten wir den Beschluss gefasst, jede Stellenbesetzung im Gremium zu behandeln, was faktisch einer befristeten Besetzungssperre gleichkommt. Heute schlagen wir Ihnen vor, diesen Beschluss aufzuheben, dass wir wieder zeitnah und rasch Stellen ausschreiben und besetzen können.

Die Aufwendungen für unsere Sach- und Dienstleistungen enden bei einem Gesamtbetrag von 9,35 Mio. €. Das sind nur 167.000 € oder 1,8 % mehr als im Vorjahr. Eigentlich

erscheint dieser Wert angesichts der aktuellen Inflation von rund 10 % zu gering. Um aber den diesjährigen Haushalt auf tragfähige Füße zu stellen, mussten wir gerade in diesem Segment massiv den Rotstift in 2 internen Sparrunden ansetzen. Hier und bei den sonstigen Aufwendungen haben wir regelmäßig die einzigen Ansatzpunkte Kürzungen vorzunehmen. Plakativer ausgedrückt: 75 % unserer Aufwendungen sind auf Grund Gesetz, Tarif oder Vertrag fest gebunden. Die freie Masse des Ergebnishaushalts beläuft sich gerade mal auf knapp 25 % vom Gesamtumsatz von 46 Mio. €

Nun möchte ich mit Ihnen einen Blick auf die sogenannten Transferaufwendungen werfen. Hierbei handelt es sich unter anderem um Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs an Bund, Land, Region und Landkreis in Höhe von 12,2 Mio. € des Gesamtbudgets. Aber zur Wahrheit gehört auch dazu, dass ca. 3 Mio. € als Zuschuss an freie oder kirchliche Kita-Träger oder an sonstige Verbände fließen. Somit verbergen sich auch hier Gelder für Bildung und Betreuung.

In der Schlussbilanz stehen den Aufwendungen von 46,1 Mio. € Erträge von 44,1 Mio. € gegenüber, was zu dem Defizit von 2 Mio. € als ordentliches Ergebnis führt. Damit fehlt uns eine stattliche Summe um unsere Netto-Abschreibungen von rund 2,4 Mio. € zu erwirtschaften und somit generationengerecht zu handeln. Es ist auch so, dass wir auf lange Sicht dieses Ziel nur dann erreichen, wenn die Ertragskraft der eigenen Steuern, also der Grund- und Gewerbesteuer, deutlich ansteigt. Dieser Betrag mit aktuell rund 10,4 Mio. € müsste bei unserem vielseitigen Aufgabenspektrum dauerhaft und stabil bei rund 13 – 14 Mio. € liegen.

Dass wir dieses ambitionierte Ziel auf die Schnelle nicht erreichen werden dürfte uns allen klar sein. Eine Fortführung der Aufgabenkritik und Haushaltskonsolidierung, mit ehrlichen und verbindlichen Zielen wird weiter auf der Tagesordnung unserer Haushaltsstrukturkommission stehen. Dabei liegen vor uns schwierige und schmerzhaft Entscheidungen. Aber es liegt doch auf der Hand: eine Haushaltssanierung die die meisten Bürgerinnen und Bürger gar nicht merken würden, wird niemals ausreichen werden.

Im Finanzhaushalt werden zuerst den Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit deren Auszahlungen gegenübergestellt. Und hier müssen wir unerfreulicher Weise einen wenn auch kleinen negativen Betrag von 45.000 € verzeichnen. Unsere Finanzplanung ist aber so beständig, dass 2024 – 2026 dieser wichtige Wert ins Positive rutscht

und wir darüber hinaus 2025 und 2026 unsere laufenden Tilgungszahlungen begleichen können. Aber für Investitionen bleibt in diesen Jahren nichts übrig.

Aber damit enden leider schon die guten Nachrichten für den Finanzhaushalt.

Nächstes Jahr müssen wir fast 12 Mio. € für unsere Großprojekte Kita Nonnenpfad, Sanierung der Sporthalle 1, Neubau der Flüchtlingsunterbringung und Maßnahmen der Stadtkernsanierung V aufwenden. Dem stehen aber nur 2,5 Mio. € an Einzahlungen aus Investitionszuwendungen gegenüber. Damit muss der Rest über die liquiden Mittel und die geplante Kreditaufnahme ausgeglichen werden. In den Folgejahren 2024 – 2026 ist es mit Einnahmen von 7,2 und Ausgaben von 14,6 Mio. € nicht mehr so krass. Dafür mussten aber auch viele sinnvolle und gut gemeinte Projekte von unserer Agenda gestrichen werden. An dieser Stelle möchte ich beispielhaft das Schießhäusle anführen. Trotz allem wird es notwendig werden, die Differenz mit Darlehensaufnahmen von 7,3 Mio. € zu decken. Was uns schwer zu schaffen macht ist die Tatsache, dass uns im gesamten Zeitraum spürbare Einnahmen aus Bauplatzerlösen fehlen. Meiner Meinung nach sollte das Baugebiet Ziegelei jetzt offensiv angegangen werden. Auch das Areal neben dem Musikerviertel kann als Wohnbaufläche entwickelt werden. Sie könnten mir vorwerfen, dass ich als Kämmerer nur aufs einmalige Geld schaue, wobei das eigentlich ja mein Job ist. Aber es geht dabei auch um Schaffung von notwendigem Wohnraum, und den in allen Preiskategorien, denn das Vorhandensein von Wohnraum ist eines der zentralen Erfolgsfaktoren für die Kommunen in der Zukunft. Es geht darum die Einwohnerzahl von Markgröningen zu erhöhen und für die Zukunft zu stabilisieren. Aber es geht auch um Einnahmen aus Grundstücksverkäufen.

„Time is money“ oder schwäbisch ausgedrückt: Zeit kann a Haufa Geld kosta“.

In diesem Jahr sind wir mit unseren Bauprojekten in schwierige Fahrwasser geraten, können diese aber so denke ich zu einem guten Ende führen. Ich behaupte aber, und damit verrate ich kein Geheimnis, dass wir für manche Vorhaben viel zu lange gebraucht haben um das finale Go zu beschließen. Das dieses Zögern, das Verschieben, die mehrmalige Diskussion uns zusätzliches Geld gekostet hat, dürfte klar sein. Ich wünsche mir, dass wir zukünftig zielgerichteter und schneller unsere Entscheidungen fällen sollten, manchmal mit mehr Mut, mehr Risiko und auch mal mit Mut zur Lücke.

Nun in einem raschen Überblick die wichtigsten Investitionen des Jahres 2023:

Im THH2 stehen 48.000 € für Maßnahmen zur Digitalisierung der Verwaltung bereit. Für die Sanierung Stadtkern 5 haben wir Gelder in Höhe von 666.000 € veranschlagt. Dafür gibt es Fördermittel von 400.000 € vom Land. In den Jahren 2024 – 2026 steigen die Beträge wegen der Sanierung und dem Umbau der Kelter merklich an. Für den Zweckverband Stadtbahn müssen wir entsprechend unserer Beteiligung in den kommenden Jahren Beträge zwischen 146.000 € und 257.000 € zur Verfügung stellen. Im Fachgebiet Infrastruktur stellen wir 2023 rund 700.000 € für Infrastrukturmaßnahmen wie bspw. den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen bereit. Die Kosten für die Generalsanierung der Sporthalle 1 sind von 4,1 auf 5,1 Mio. € angestiegen. 2023 stellen wir einen Betrag von 1,75 Mio. € dafür ein. Bewilligte Fördermittel dürfen wir in Höhe von fast 1,6 € erwarten.

Im THH7 sind die Investitionsmaßnahmen für den kompletten Bildungs- und Betreuungsbereich dargestellt. Dabei sticht der Neubau der Kita Nonnenpfad mit einem Volumen von 9,4 Mio.€ hervor. 2023 und 2024 müssen wir hierfür noch 4,7 Mio. € bereitstellen. Fördermittel erlangen wir aus dem Ausgleichstock, der Kindergartenfachförderung und den Beschleunigungsmitteln der Ganztagesbetreuung. Die Kindertagesstätte auf dem sog. Glaserareal am Benzberg, soll mit Hilfe von privaten Investoren und Betreibern umgesetzt werden. Die notwendigen Mittel werden als Ermächtigungsübertrag bereitgestellt. Weiter ist geplant die Villa Römer-Griesinger zu einer 3-gruppigen Kita umzubauen. Hierfür stehen zur Zeit 1,5 Mio. € als Ansatz 2023 und 2024 zur Verfügung. Mit den beiden letztgenannten Einrichtungen, könnten zusätzlich 7 Kita-Gruppen in der Kernstadt eingerichtet werden.

Für das Projekt Landergrundschule haben wir in den kommenden Jahren nur Planungsraten veranschlagt. Der Kostenrahmen bewegt sich je nach Ausführungsvariante zwischen 14 und 26 Mio. €. Es ist und allen klar, dass das Vorhaben nur in Verbindung mit der Ludwig-Heyd-Schule und der Ganztagesbetreuung in der Gesamtstadt gedacht werden kann.

Kostspielig sind auch die Projekte im Bereich der Bürgerdienste. Für die Feuerwehr müssen in den nächsten Jahren rund 1 Mio. € für Fahrzeuge und Equipment bereitgehalten

werden. Für den Umbau des Gemeinschaftshauses auf dem Hardt- und Schönbühlhof werden 300.000 € in den nächsten beiden Jahren veranschlagt. Der Katastrophenschutz hat in den jetzigen Zeiten eine neue Dimension erlangt. Für Notstromaggregat und Sirenen müssen im Haushalt 230.000 € bereitgestellt werden. Der Neubau der Unterkunft für Flüchtlinge und Obdachlose kostet uns rund 2,5 Mio. €. Wir dürfen hier auf eine Förderung des Landes mit 400.000 € und einen Förderkredit hoffen.

Blickt man auf die Finanzplanungsdaten 2024 – 2026 des THH 10, erkennen Sie Kreditaufnahmen, die sich auf 7,3 Mio. € summieren. Ohne diese Fremdmittel können wir rein rechnerisch den Mindestbestand an Liquidität am jeweiligen Jahresende von ca. 800.000 € nicht erreichen.

Ich möchte Ihnen heute vorschlagen, dass wir alles daransetzen, diese Kredite nicht in Anspruch nehmen zu müssen. Aber ist dieses Ziel auch realistisch gesehen erreichbar? Ich denke ja. Die Stärkung der Ertragskraft des Ergebnishaushalts muss unser oberstes Ziel sein. Die Instrumente dafür sind uns bekannt und müssen von uns nur genutzt werden. Weiter müssen wir die Einnahmensituation im Finanzhaushalt für unsere Investitionen verbessern. Aber ehrlicher Weise, ganz ohne Hilfe von außen, können wir es nicht schaffen. Wir sind dabei auf die Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt, die heimische Wirtschaft aber auch auf Bund und Land als Gesetzgeber angewiesen.

A propos Hilfe von außen: Beim Schreiben der HH-Rede trudelte nun doch noch der 2. Haushaltserlass des Landes bei uns und zwar mit guten Nachrichten ein. Die Zahlen 2023 werden sich um rund 150.000 € verbessern. 2024 – 2026 steht eine Verbesserung in Summe von 1,3 Mio. € im Raum. In diesem Zusammenhang muss ich es aber ansprechen, dass manche Projekte teurer werden als momentan veranschlagt. Die neuen Zahlen erhalten sie als Nachmeldung zur Haushaltsberatung am 31.01.2023.

Ganz zum Schluss noch Worte zu unseren Eigenbetrieben Wasserwerk und Abwasserbeseitigung, die nachher auch auf der Tagesordnung sind. Es ist für uns alle selbstverständlich, dass wir stetig und zu jeder Zeit Trinkwasser in bester Qualität erhalten. Gleichfalls wird von allen gefordert, dass unsere Abwässer problemlos abgeleitet, in der Kläranlage gereinigt und dann sauber in die Glems und den Leudelsbach eingeleitet werden. Hinter dieser Selbstverständlichkeit verbirgt sich viel Aufwand, eine komplexe



Technik und viel Man-Power. Aber diese Sache kostet viel Geld, dass über Gebühren und Beiträge von den Haushalten abverlangt wird.

Fazit:

Wir haben einen Sozialstaat auf den wir stolz sein dürfen. Weltweit werden wir darum beneidet. Aber auch unser Sozialstaat hat seine Grenzen. Der Staat kann es nicht leisten, für alle Unwägbarkeiten und Probleme aufzukommen. Deshalb müssen wir mit unseren Bürgerinnen und Bürgern ehrlich umgehen. Wir können nicht alle Leistungen erbringen die vielleicht wünschenswert wären. Die Leistungsfähigkeit des Staates mit deren Städte und Gemeinden hat ihre Grenzen erreicht, die Gesamtheit der staatlichen Leistungsversprechen ist in diesem Maß so nicht mehr erfüllbar. Und schlussendlich können wir jeden Euro, den wir haben, nur einmal ausgeben. Und den Euro den wir gar nicht bekommen oder der uns genommen wird, schon zweimal nicht.

Zum Schluss möchte ich mich bei allen bedanken, die bei der Aufstellung des Haushalts mitgewirkt haben. Mein ganz besonderer Dank gilt Fr. Nölke, Fr. Huber und H. Last, die einen wichtigen Anteil an dieser Arbeit hatten.

Ich wünsche Ihnen alle frohe Weihnachten und ein gutes und besseres Jahr 2023.

